



Die Vorlage im Überblick

Die Initiative¹ «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei will in der Verfassung eine rigorose Kreislaufwirtschaft festschreiben. Bis ins Jahr 2050 muss die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch um mehr als 65 Prozent reduzieren. Bund, Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen.

Bundesrat warnt vor steigenden Preisen

Der Bundesrat warnt in seiner Botschaft davor, dass sich die «Konsummöglichkeiten der Haushalte und die Handlungsspielräume der Unternehmen verringern».² Ebenso würden «die Preise für jene Güter und Dienstleistungen, die negative Externalitäten verursachen, stark steigen». Der Bundesrat untermauert damit, dass für die Zielerreichung sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Massnahmen³ notwendig sind, die unseren Lebensstandard bedrohen und ganze Unternehmen und Branchen gefährden.

Gemäss Berechnungen des Bundes ist – bei sehr grossen Anstrengungen – eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um maximal 40 Prozent denkbar. Er beurteilt daher die angestrebte Reduktion von mindestens 65 Prozent als «kaum erreichbar» und die Initiative als «nicht umsetzbar».⁴

Zwangsmassnahmen für Bevölkerung und Unternehmen

Die Konsequenzen der Volksinitiative sind weitreichend und erzwingen einen abrupten Strukturwandel. Zur Debatte stehen namentlich: Konsum- oder Produktionsbeschränkungen (planwirtschaftliche Steuerung der Ressourcen) zahlreicher Güter, Umweltafgaben und neue Vorschriften. Im Vordergrund stehen dabei die Lebensbereiche «Ernährung», «Wohnen» und «Mobilität».

Neben wirtschaftlichen Folgen hat die Initiative auch gesellschaftliche Nebenwirkungen. Die Initiative diktiert allen einen grünen Lebensstil und ist ein direkter Angriff auf persönliche Freiheit und Portemonnaie. Besonders betroffen sind der Mittelstand, Familien und Geringverdiener (neue Zweiklassengesellschaft).

¹ Initiativtext: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis402t.html>

² Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1840.

³ Die Botschaft deutet diese Konsequenzen an. Deutlicher ist die Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#), Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 44 ff.

⁴ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1818.

Die wichtigsten Argumente

NEIN zur grünen Zwangs-Initiative

Die Initiative zwingt die Bürgerinnen und Bürger zur Änderung ihres gewohnten Lebensstils. Jede Schweizerin und jeder Schweizer muss das Essverhalten ändern, die eigene Mobilität einschränken und mit weniger Komfort wohnen. Konsumentinnen und Konsumenten werden bevormundet und ihre Wahlfreiheit wird eingeschränkt.

NEIN zu höheren Preisen

Neue lenkungsorientierte Umweltabgaben verteuern das Reisen, die Nahrungsmittel und die Mieten. Die Hochpreisinsel Schweiz wird zementiert, die Kaufkraft sinkt. Die Preise importierter Waren wie zum Beispiel Kaffee und Zitrusfrüchte steigen immens. Ferien am Meer oder grosszügige Wohnungen werden für den Mittelstand – gerade für Familien – unerschwinglich. Die grüne Diktatur verunmöglicht die Weiterführung des gewohnten Lebensstils.

NEIN zur extremen Initiative

Eine Senkung des Ressourcenverbrauchs um mindestens 65 Prozent ist radikal. Kein anderes Land kennt derart extreme Vorschriften. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet die Schweiz ab, schafft neue Handelshemmnisse und gefährdet Freihandelsabkommen. Die Initiative torpediert den Werkplatz Schweiz und gefährdet Arbeitsplätze.

Abstimmungen im Parlament

In den Schlussabstimmungen im Parlament hat der Nationalrat die Vorlage mit 128 zu 62 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Auch der Ständerat hat mit 31 zu 13 Stimmen deutlich NEIN gesagt.

Breite Allianz sagt NEIN

Bundesrat und Parlament lehnen die extreme Initiative deutlich ab. Die Vertreter von CVP, FDP, SVP und BDP sagen klar NEIN. Auch die Wirtschaft, das Gewerbe, die Landwirtschaft, die Hauseigentümer, die Automobilisten, Hotels, Restaurants und Freizeitveranstalter sowie das Konsumentenforum sprechen sich gegen die Initiative aus.

Wir brauchen Sie!

Auch ein kleines Zeichen kann Grosses bewirken.

Machen Sie mit! Tragen Sie sich jetzt ein:

www.gruener-zwang.ch

Volksabstimmung «Grüne Wirtschaft» vom 25. September 2016



Inhaltsverzeichnis

Die Vorlage im Überblick.....	1
Inhaltsverzeichnis.....	3
Um was geht es?	4
Initiativtext	4
Schwächen der Initiative	5
Erster Denkfehler der Initianten: Reduktionsbedarf ist weit grösser als 65 Prozent.....	5
Zweiter Denkfehler der Initianten: Kreislaufwirtschaft hat technische und ökonomische Grenzen	5
Dritter Denkfehler der Initianten: Modell des «ökologischen Fussabdrucks» ist lückenhaft.....	6
Die Schweiz ist Spitzenreiterin im Bereich der Ressourceneffizienz.....	7
Kleine und grosse «grüne» Meisterleistungen.....	8
Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist erreicht	8
Innovation und Wettbewerbsfähigkeit bewahren	8
Fazit.....	9
Vorgeschriebener Lebensstil	10
Täuschungsmanöver der Initianten.....	11
Schweizer Werkplatz nicht mehr wettbewerbsfähig	11
Folgen der Initiative.....	12
Bundesrat warnt vor steigenden Preisen und einem abrupten Strukturwandel.....	12
Auswirkungen auf den Bereich Ernährung	13
Nahrungsmittelindustrie	14
Detailhandel/Gastronomie	14
Einkaufstourismus.....	14
Land- und Forstwirtschaft.....	14
Auswirkungen auf den Bereich Mobilität.....	15
Tanktourismus.....	16
Transportbranche.....	16
Tourismus	16
Auswirkungen auf den Bereich Wohnen.....	16
Baubranche.....	18
Zehn Argumente gegen die extreme Initiative	19

Um was geht es?

Die am 6. September 2012 von der Grünen Partei eingereichte Volksinitiative⁵ «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» will mit einem neuen Artikel 94a eine konsequente Kreislaufwirtschaft in der Bundesverfassung verankern. Die Initiative will den «ökologischen Fussabdruck» bis ins Jahr 2050 auf eine Erde reduzieren. Das bedeutet eine Reduktion des aktuellen Ressourcenverbrauchs um weit mehr als 65 Prozent.⁶ Der Initiativtext verpflichtet Bund, Kantone und Gemeinden, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen.

Initiativtext

Art. 94a (neu) Nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft

¹ Bund, Kantone und Gemeinden streben eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft an. Sie fördern geschlossene Stoffkreisläufe und sorgen dafür, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten das Potenzial natürlicher Ressourcen nicht beeinträchtigen und die Umwelt möglichst wenig gefährden und belasten.

² Zur Verwirklichung der Grundsätze nach Absatz 1 legt der Bund mittel- und langfristige Ziele fest. Er fasst zu Beginn jeder Legislatur einen Bericht über den Stand der Zielerreichung. Falls die Ziele nicht erreicht werden, ergreifen Bund, Kantone und Gemeinden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zusätzliche Massnahmen oder verstärken die bestehenden.

³ Der Bund kann zur Förderung einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft namentlich:

a) Forschung, Innovation und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen sowie Synergien zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten fördern;

b) Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle sowie für das öffentliche Beschaffungswesen erlassen;

c) Steuer- oder Budgetmassnahmen ergreifen; insbesondere kann er positive steuerliche Anreize schaffen und eine zweckgebundene oder haushaltsneutrale Lenkungssteuer auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen erheben.

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung zu Art. 94a

Bis ins Jahr 2050 wird der «ökologische Fussabdruck» der Schweiz so reduziert, dass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet.

Das Konzept des «ökologischen Fussabdrucks»

Der ökologische Fussabdruck ist eine Messgrösse und stellt den Verbrauch an natürlichen Ressourcen umgerechnet in Flächeneinheiten dar. Der Fussabdruck pro Person drückt den notwendigen Flächenverbrauch auf der Erde aus, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter den heutigen Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen. Die Werte werden in Globalen Hektar pro Person und Jahr angegeben.

Der Fussabdruck der Schweiz

2008 betrug der ökologische Fussabdruck in der Schweiz pro Kopf 2.8 Erden. Im Frühjahr 2016 hat das Global Footprint Network⁷ den Fussabdruck für die Schweiz neu errechnet und kommt auf 3.3 Erden pro Person (→ Kritik des Modells auf Seite 6).

⁵ Initiativtext: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis402t.html>

⁶ Der ökologische Fussabdruck hängt von der Biokapazität der Erde ab. Diese sinkt aufgrund des globalen Bevölkerungs- und Wohlstandszuwachses. Damit sinkt automatisch der zulässige ökologische Fussabdruck pro Kopf in der Schweiz. Botschaft des Bundesrats, S. 1836.

⁷ Global Footprint Network: http://www.footprintnetwork.org/images/schweiz_footprint_deutsch.jpg

Schwächen der Initiative

Die Initiative greift ein wichtiges Anliegen auf. Die Herausforderungen in der Umweltpolitik sind bekannt. Der vorgeschlagene Weg der Initianten ist aber falsch und schlicht nicht umsetzbar. Denn zum einen gibt es mehrere umweltrelevante Faktoren, die einen entscheidenden Einfluss auf den Schweizer Fussabdruck haben, welche die Initianten in ihrer Vorlage nicht berücksichtigen oder ausblenden. Zum anderen erweist sich das Berechnungsmodell des «ökologischen Fussabdrucks» für die Vorlage als völlig ungeeignet, da dieses Modell unzählige nachhaltigkeitsrelevante Aspekte nicht berücksichtigt (vgl. Seite 6).

Erster Denkfehler der Initianten: Reduktionsbedarf ist weit grösser als 65 Prozent

Ziel der Volksinitiative ist es, den «ökologischen Fussabdruck» von derzeit rund drei Erden auf eine Erde zu reduzieren. Dies entspricht einer Senkung des aktuellen Ressourcenverbrauchs um mindestens 65 Prozent.

Gemäss Bundesrat ist aber bereits eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 40 Prozent nur mit äusserst einschneidenden Massnahmen möglich (u.a. in der Energie-, Raumplanungs- oder Waldpolitik).⁸ Folglich bleibt eine Lücke von rund 25 Prozent, die nicht via Effizienzmassnahmen eingespart werden kann (vgl. Grafik rechts, mittlere Spalte). Dies bedeutet: Notwendigkeit zum Verzicht. Ohne Zwangsmassnahmen, die den Konsum zahlreicher Produkte verringern, ist die Initiative nicht umsetzbar.

Dabei bleibt es jedoch nicht. Die erwähnte Lücke ist aus zwei weiteren Gründen wesentlich grösser (vgl. Grafik rechts, rechte Spalte).

VERZICHT AUF KONSUM & WOHLSTAND UN AUSWEICHLICH		
	statische Perspektive	dynamische Perspektive
Reduktionsvorschrift durch Volksinitiative	~ 65 Prozent	erheblich grösser
Energiesparmassnahmen (Halbierung des Energieverbrauchs u.a.m.)	~ 20 Prozent	< 20 Prozent
Weitere Massnahmen (Landwirtschaft, Raumplanung, Waldpolitik u.a.m.)	~ 20 Prozent	< 20 Prozent
Nicht erreichbar durch «Effizienzmassnahmen»	~ 25 Prozent	erheblich grösser

Quelle: Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF» des Bundesamts für Umwelt BAFU, Seite IV

1. Die statische Weltbetrachtung der Initianten ist falsch und verursacht einen doppelten Fehler. Die (Welt)Bevölkerung wächst bis 2050 weiter und die Wirtschaft entwickelt sich ebenso. Dadurch nimmt der Verbrauch an Energie und Rohstoffen weiter zu. Dies bedeutet jedoch, dass die «Belastbarkeit der Erde» pro Kopf weiter sinkt. Werden demnach dynamische Grössen nicht ignoriert, ist davon auszugehen, dass die Schweiz weit mehr als 65 Prozent des aktuellen Ressourcenverbrauchs einsparen muss. Infolgedessen ist auch die Lücke grösser, welche sowieso nicht alleine über reine Effizienzmassnahmen erreicht werden kann. Folglich sind noch radikalere Zwangsmassnahmen für Konsumenten und Umwelt unausweichlich.⁹
2. Fakt ist: Über 60 Prozent der durch den Schweizer Konsum verursachten Umweltbelastung fallen im Ausland an. Die Initianten blenden aus, dass der Handlungsspielraum der Schweiz im Ausland aber begrenzt ist. Eines der wenigen Instrumente sind harte Importbeschränkungen.¹⁰

Zweiter Denkfehler der Initianten: Kreislaufwirtschaft hat technische und ökonomische Grenzen

In den letzten Jahren wurde in der Schweizer Wirtschaft viel erreicht in Sachen Ressourceneffizienz (vgl. Seite 7). Die Vorstellung der Initianten von einer kontinuierlichen Kreislaufbewegung im Wirtschaftsalltag ist ökonomisch und ökologisch betrachtet aber illusorisch. So lassen sich viele Abfälle nicht problemlos in den Produktionsprozess zurückführen. Ein Smartphone beinhaltet mehr als 60 Metalle, zum Teil nur in der Intensität von Spurenelementen oder in Form von verschiedenen Legierungen. In einigen Fällen lassen sich diese noch gewinnbringend herauslösen – was auch gemacht wird. Eine staatliche Vorschrift zur ganzheitlichen Molekültrennung ist aber weder aus energetischen, umweltpolitischen noch aus finanziellen Überlegungen sinnvoll.

⁸ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1818.

⁹ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 9 und 10.

¹⁰ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 13.

Zum anderen sei an das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens («Low-hanging fruits») erinnert: Die leicht erzielbaren Effizienzgewinne und Nachhaltigkeitsinvestitionen sind weitgehend umgesetzt. Die Kosten für weitere Massnahmen im Effizienzbereich steigen im Vergleich zum damit erzielten Nutzen überproportional stark an. Die Fortschritte (bei gleichen Technologien) werden daher tendenziell abnehmen. Zudem stossen die Ingenieure aus physikalischen Gründen an einigen Orten an technische Grenzen (Wirkungsgrade). Hinzu kommen Widersprüche: Abfälle lassen sich entweder recyklieren oder verbrennen. Rohstoffe kann man demnach entweder stofflich oder energetisch zurückführen. Beide Ziele lassen sich aber nicht parallel erreichen.

Dritter Denkfehler der Initianten: Modell des «ökologischen Fussabdrucks» ist lückenhaft

Neben den oben aufgeführten Punkten ist auch das von den Initianten verwendete Berechnungsmodell des ökologischen Fussabdrucks kritisch zu hinterfragen. Denn dieses misst ausschliesslich biologische Stoffflüsse und fossile Energieverbräuche. Nachhaltigkeitsrelevante Aspekte werden dadurch nicht angemessen berücksichtigt. So werden beispielsweise nicht biologische Faktoren wie Biodiversität oder toxische und andere gefährliche Substanzen in der Methodik nicht ausreichend abgebildet. Das führt zu widersprüchlichen Folgen:

***Beispiel 1:** Eine intensive und monokulturelle Landwirtschaft benötigt weniger Fläche als ökologischer Landbau. Folglich schneidet im Modell eine intensive Landwirtschaft besser ab als Bioproduktion.*

***Beispiel 2:** Recyceln Schweizer Unternehmen Metall, so wird der ökologische Fussabdruck nicht kleiner. Das Modell erfasst keine nicht erneuerbaren Ressourcen wie Metallerze.*

Der ökologische Fussabdruck korreliert zudem stark mit der Bevölkerungsdichte. Kleine Länder mit hoher Bevölkerungsdichte wie die Schweiz, Holland oder Belgien haben deshalb zwangsläufig einen hohen Fussabdruck. Länder mit weiten unbewohnten Flächen wie Kanada oder Schweden profitieren dabei. Diese konzeptionelle Schwäche des Modells verzerrt das Bild und führt zu unstatthaften Vergleichen.

Aufgrund dieser schwerwiegenden Defizite greifen viele Experten auf das Modell der Umweltbelastungspunkte (UBP) zurück. Denn dieses ist umfassender als dasjenige des ökologischen Fussabdrucks und wird der gesamten Komplexität eher gerecht.

Fazit des Bundesrats

Der Bundesrat beurteilt das gesetzte Ziel der Volksinitiative als «kaum erreichbar» und die Initiative selbst als «nicht umsetzbar».¹¹ Er empfiehlt daher zusammen mit dem National- und Ständerat ein NEIN.

¹¹ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1818.

Die Schweiz ist Spitzenreiterin im Bereich der Ressourceneffizienz

Die Schweiz und ihre Unternehmen machen ihre «grünen» Hausaufgaben schon heute ziemlich gut, insbesondere wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Deswegen belegt unser Land in internationalen Nachhaltigkeitsrankings regelmässig die vorderen Ränge und erreicht als Recycling-Musterschülerin mit einem privatwirtschaftlichen System Quoten, von denen die EU oder die USA nur träumen können.

Internationale Studien und Rankings zeigen es: Die Schweiz ist an der Weltspitze

Jedes Jahr erscheinen diverse Studien und Rankings, welche die Ressourceneffizienz von unterschiedlichen Ländern untersuchen und vergleichen. Seit mehreren Jahren belegt die Schweiz regelmässig Spitzenplätze.

Energy Trilemma Index (2015): Seit der erstmaligen Veröffentlichung im Jahr 2011 vergleicht der Weltenergieatlas in seinem «Energy Trilemma Index» jährlich die Faktoren «Energiesicherheit», «Bezahlbarkeit von Energie» sowie «Umweltverträglichkeit» für mehr als 120 Länder. Von Beginn an belegte die Schweiz im internationalen Ranking den ersten Platz. Absolute Spitzenwerte werden vor allem im Bereich «Umweltverträglichkeit» erreicht (<http://www.worldenergy.org/data/trilemma-index/country/switzerland/>).

Global Competitiveness Report (2015/2016): Das Weltwirtschaftsforum untersucht 144 Länder bezüglich ihrer Wettbewerbsfähigkeit sowie ihrer nachhaltigen Wachstumsperspektive. Zum siebten Mal in Folge ist die Schweiz in beiden Rankings auf Platz 1 (http://www3.weforum.org/docs/gcr/2015-2016/Global_Competitiveness_Report_2015-2016.pdf).

Dow Jones Sustainability Index (2015): Diese Nachhaltigkeitsliste zeichnet die nachhaltigsten Branchenleader weltweit aus. Gleich mehrere Schweizer Unternehmen nehmen dabei eine Vorreiterrolle ein (<http://www.sustainability-indices.com/review/industry-group-leaders-2015.jsp>).

Bericht der Europäischen Umweltagentur (SOER 2015): In der Ressourcenproduktivität (Grafik unten) belegt die Schweiz seit Jahren den ersten Platz. Ebenfalls gehört sie zu den Staaten Europas mit der besten Ressourceneffizienz (http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/daviz/resource-productivity-gdp-dmc#tab-chart_1).

Ländervergleich Ressourcenproduktivität



Quelle: European Environment Agency EEA, 2015

Kleine und grosse «grüne» Meisterleistungen

Täglich tragen zahlreiche Schweizer Unternehmen zu einer «grüneren» Wirtschaft bei. Sie rüsten ihre Produktionsstätten mit effizienter Gebäudetechnik und innovativen Energiekonzepten auf, verbessern ihre Ressourceneffizienz und schliessen Materialkreisläufe. Die Resultate können sich sehen lassen: Nestlé konnte im Jahr 2013 Verpackungsmaterialien von 66'594 Tonnen einsparen und den Gesamtwasserverbrauch pro Produktetonne um rund einen Drittel reduzieren. Swisscom bezieht bereits heute zu 100 Prozent erneuerbare Energie und hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit ihren Kunden bis 2020 doppelt so viel CO₂ zu sparen, wie sie in ihrem Betrieb und in ihrer Lieferkette verursacht. Dank des Einsatzes von Antrieben für Elektromotoren der ABB kann weltweit die Strommenge von insgesamt 100 Millionen europäischen Haushalten eingespart werden. Nicht nur die grossen und bekannten Unternehmen leisten ihren Beitrag. Auch zahlreiche KMU tragen massgeblich zu einer «grüneren» Wirtschaft bei. Ein besonders wirksames Instrument kommt dabei aus der Wirtschaft selbst. Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) unterstützt über 3000 Industrie- und Dienstleistungsunternehmen dabei, ihren Energieverbrauch zu senken und den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Das lohnt sich für das Klima, aber auch für das Firmenportemonnaie. Die Wirtschaft spart so jährlich insgesamt über 1,4 Millionen Tonnen CO₂. Das entspricht in etwa dem jährlichen Ausstoss von rund 400'000 Personenwagen¹² oder mehr als dem Verbrauch von CO₂ der gesamten Stadt Zürich – inklusive Treibstoffe – während eines Jahres.¹³ Die Unternehmen mit Zielvereinbarung haben ihren CO₂-Ausstoss im Vergleich zum Jahr 1990 um 25 Prozent reduziert und leisten damit einen grossen Beitrag zu den schweizerischen Klimazielen 2020.

Fallbeispiele von Schweizer Unternehmen

Zahlreiche Fallbeispiele von Unternehmen oder Branchen im Bereich der Ressourceneffizienz können auf folgender Webseite abgerufen werden: www.economiesuisse.ch/de/gruene_wirtschaft

Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist erreicht

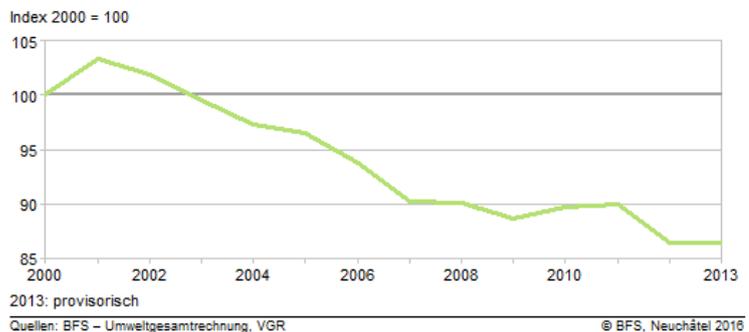
Die Anstrengungen der Schweizer Unternehmen zeigen Wirkung. Das belegen die neusten Statistiken¹⁴ der Verwaltung. Wirtschaftswachstum (BIP) und Ressourcenverbrauch konnten entkoppelt werden – ohne Zwangsmassnahmen durch den Staat. Zwar ist das Ziel damit noch nicht erreicht, doch der eingeschlagene Weg stimmt und soll konsequent weiterverfolgt werden.

Innovation und Wettbewerbsfähigkeit bewahren

Damit die Unternehmen diesen Weg der Eigenverantwortung auch weitergehen können, brauchen sie unternehmerischen Freiraum. Denn Innovationen lassen sich nicht planen oder staatlich verordnen. Im Gegenteil: Bürokratie und staatliche Eingriffe in den Markt verhindern oder blockieren innovative Entwicklungen. Bereits Rechts- und Investitionsunsicherheiten bei den Unternehmen führen zu unnötigen Verzögerungsmechanismen.

Materialintensität

Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC) im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt



Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung, VGR

Kommentar

Zwischen 2000 und 2013 ging die Materialintensität zurück. Der inländische Rohstoffverbrauch (RMC), auch «Material-Fussabdruck» genannt, hat zwischen 2000 und 2013 um 8,9% zugenommen, während das Bruttoinlandprodukt (BIP) um 26,0% angestiegen ist. Somit fand eine relative Entkoppelung statt. Für das Jahr 2013 wurde der Material-Fussabdruck auf 139 Millionen Tonnen beziehungsweise auf 17 Tonnen pro Person geschätzt.

¹² https://co2.myclimate.org/en/offset_further_emissions. Ein Personenwagen (15'000 km bei 6 Liter Benzin/100 km) verursacht pro Jahr rund 3,4 Tonnen CO₂-Emissionen.

¹³ https://www.stadt-zuerich.ch/gud/de/index/umwelt/energie/energiestatistik/co2_statistik.html

¹⁴ Massnahmen des Bundes für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Schweiz, Bericht an den Bundesrat, 20. April 2016, Seite 7, Abbildung 1:

http://www.bafu.admin.ch/wirtschaft/15556/15557/15562/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,Inp6lONTU042lZ26ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yug2Z6gpJCHeoB9e2ym162epYbg2c_JiKbNoKSn6A--

Fazit

Schweizer Unternehmen sind Musterschülerinnen und weltweit Spitzenreiterinnen im Bereich der Ressourceneffizienz. Sie haben ihre Hausaufgaben zu einem guten Stück gemacht. Weitere Regulierungen schaden mehr wie sie nützen, da damit Innovationen verhindert werden. Viele Reduktionspotenziale sind ausgeschöpft. Wird die Initiative angenommen, ist es unumgänglich, dass radikale Massnahmen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs auch direkt beim aktuellen Konsumverhalten der Schweizerinnen und Schweizer ansetzen. Denn im Vergleich zu den Unternehmen sind an dieser Stelle radikale Einsparungen am ehesten realisierbar (vgl. Kasten).

Die Herausforderung liegt nicht nur bei der Produktion, sondern vielmehr bei der Nutzung

Potenziale hinsichtlich Ressourcenschonung und -effizienz liegen bei den Konsumentinnen und Konsumenten, nicht bei den Produzenten und Herstellern. Das Beispiel der Textilindustrie verdeutlicht die Problematik:

1. Übertriebene Nachfrage?

Konsumentinnen und Konsumenten fragen nach immer mehr Textilien nach. Eine Verhaltensänderung herbeiführen wird nur ein viel höherer Preis (Lenkungsabgabe) oder eine radikale Einkaufsbeschränkung auf eine gewisse Anzahl an Kleidungsstücken pro Jahr.

2. Übertriebene Hygiene?

Zwischen 50 bis 75 Prozent der Energie wird während der Nutzung des Produkts über den gesamten Lebenszyklus benötigt. Allein die Pflege trägt mehr als einen Drittel zur Klimabelastung bei. Wer also effektiv Ressourcen einsparen will, der muss die Vorschrift erlassen (und durchsetzen), dass ein T-Shirt erst nach fünfmaligem Tragen gewaschen werden darf.

Auch im Bereich Textilsammlung ist die Schweizer Wirtschaft weit fortgeschritten. So recycelt die Industrie 90 bis 100 Prozent der Textilabfälle. Die wirtschaftlichen Potenziale sind weitgehend ausgeschöpft. Mehr als 100 Prozent Recycling geht nicht, auch nicht durch neue Regulierungen. Auch die Konsumentinnen und Konsumenten sind auf gutem Weg. Das Bewusstsein für bestehende Angebote im Bereich Textiltrückgabe nimmt zu und wird immer häufiger genutzt. Trotzdem gibt es hier noch Potenzial zur Verbesserung. Neue Regulierungsmassnahmen sowie eine umfassende Kontrolle durch den Staat sind aber unmöglich und auch nicht sinnvoll.

Steigende Ausgaben für Umweltschutz der Unternehmen

Im Jahr 2013 beliefen sich die Ausgaben der Unternehmen für den Umweltschutz auf rund 2,3 Milliarden Franken. Gegenüber 2009 nahmen die Investitionen in die Vermeidung von Umweltverschmutzungen um 30 Prozent zu, während die Investitionen in die Behandlung von Umweltverschmutzungen um 31 Prozent zurückgingen. Diese Entwicklung widerspiegelt unter anderem das gewachsene Interesse der Unternehmen an saubereren Produktionsprozessen.



Vorgeschriebener Lebensstil

Heute liegen die zentralen Herausforderungen für eine nachhaltige Lebensweise bei den Konsumentinnen und Konsumenten selbst. Die geforderte Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch die Initianten bedeutet, dass die Lebensweise von Konsumentinnen und Konsumenten nicht nachhaltig ist und entsprechend angepasst werden muss.

Im Kern ist das auch die Grundaussage des Bundesamts für Umwelt (BAFU) sowie von Umweltverbänden, beispielsweise des WWF. In einem Dossier für Lehrpersonen, das Tipps und Tricks vermitteln soll, wie jede und jeder den persönlichen Fussabdruck verringern kann, steht klar:

«Wir [Konsumentinnen und Konsumenten] können also entscheidend Einfluss nehmen auf unseren Fussabdruck, indem wir unseren Lebensstil beim Essen, bei der Mobilität und in der Wahl unseres Heimes verbessern.»¹⁵

Bundesamt und WWF unterstreichen, dass in erster Linie Massnahmen in den Lebensbereichen «Ernährung», «Wohnen» und «Mobilität» notwendig sind, um den ökologischen Fussabdruck zu verringern.

Wer die Webseiten der Umweltverbände studiert, der stolpert schon heute überall auf freundlich formulierte Hinweise, wie jede Person sich umweltpolitisch korrekt verhalten kann. Wird die Volksinitiative angenommen, werden aus diesen freiwilligen Verhaltensempfehlungen rasch neue bevormundende Vorschriften, die noch viel radikaler sind.



Abb.: Der Ressourcenaufwand fällt hauptsächlich in drei Konsumbereichen an. (Quelle: WWF)

Heute noch als freundliche Empfehlung – morgen schon gesetzliche Vorschrift?

Der WWF hat auf seiner Website einen Rechner aufgeschaltet, der aufzeigt, wie gross der persönliche Fussabdruck in etwa ist: http://www.wwf.ch/de/aktiv/besser_leben/footprint/

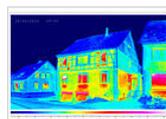
Geniessen Sie Ferien ohne Flugreisen



© Fotolia

Fliegen ist extrem klimaschädlich. Wählen Sie deshalb eine Feriendestination, die mit dem Zug oder dem Bus erreichbar ist.

Optimieren Sie den Wärmehaushalt Ihrer Wohnung



© Ingo Bartussek

Achten Sie auf angemessene Temperaturen in Ihrem Haushalt: Es empfiehlt sich, Wohn- und Aufenthaltsräume auf 20 °C zu heizen, Küche auf 18 °C sowie Schlafzimmer und Nebenräume auf 15 °C. Installieren Sie "intelligente" Temperaturregler mit Thermostat und achten Sie darauf, dass die Wärmequellen nicht bedeckt sind. Stellen Sie die Boiler temperatur auf 60°C ein und nutzen Sie Warmwasser bewusst. Dämmen Sie Warm- und

Quelle: http://www.wwf.ch/de/aktiv/besser_leben/umwelttipps/freizeit_und_ferien/freizeit_detail.cfm?uTippld=46

Quelle: http://www.wwf.ch/de/aktiv/besser_leben/umwelttipps/wohnen_und_bauen/wohnen_detail.cfm?uTippld=188

¹⁵ Der ökologische Fussabdruck, WWF Schweiz, 2009, Seite 4:

https://www.google.ch/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&cad=rja&uact=8&sqi=2&ved=0ahUKEwjljWUmg_MAhWCDMAKHcaa-doQFgg3MAE&url=https%3A%2F%2Fassets.wwf.ch%2Fdownloads%2Ffussabdruck_dossier_ab.pdf&usq=AFQjCNGOaMAuexzN2tHJVrLZKB6W8GEBKA&bvm=bv.120853415.bs.2.d.ZGg

Täuschungsmanöver der Initianten

Trotz dieser Tatsachen behaupten die Initianten, dass die Initiative nur die Unternehmen¹⁶ betrifft und allfällige Lenkungsabgaben «haushaltsneutral»¹⁷ ausgestaltet werden sollen. Es wird so getan, als ob der Einzelne nichts tun muss und keine negativen Folgen zu tragen hat. Die Stimmberechtigten werden bewusst im Glauben gelassen, dass sie ihren Lebensstil nicht ändern müssen und keine Einbusse bei der Lebensqualität erdulden müssen. Das ist falsch.

Gemäss den Initianten kann nur ein rascher ökologischer Umbau der Wirtschaft gewährleisten, dass diese in nützlicher Frist natürliche, effiziente und nachhaltige Produkte herstellt. Die Wünsche, Bedürfnisse, aber auch die Eigenverantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten werden dabei ausser Acht gelassen. Die Initianten benutzen mit der Initiative den Staat als Instrument, um den Konsumentinnen und Konsumenten vorzuschreiben, welches die «richtigen» Produkte sind, die noch konsumiert werden dürfen.

Schweizer Werkplatz nicht mehr wettbewerbsfähig

Die Initianten ignorieren weiter, dass die Schweiz keine Insel ist. Praktisch jede Massnahme kann von Konsumentinnen und Konsumenten einfach unterlaufen werden, indem künftig verstärkt online beziehungsweise im Ausland eingekauft wird. Die Folgen für den Schweizer Werkplatz und die Schweizer Arbeitsplätze werden ausgeblendet. Gerade in Grenzregionen entsteht ein enormer Druck auf alle Wirtschaftsbereiche. Doch auch Tourismus und Freizeitveranstalter würden stark leiden, ebenso wie die gesamte Exportindustrie. Die Schweizer Flughäfen Zürich-Kloten, Bern-Belp oder Genf-Cointrin wären auf einen Schlag nicht mehr konkurrenzfähig.

¹⁶ «Das primäre Ziel der Initiative ist der ökologische Umbau der Wirtschaft.» Gefunden in den «Erläuterungen zum Initiativtext», Grüne Partei, 7. März 2011, Seite 1.

¹⁷ FAQ's zur Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft, Grüne Partei, 1. März 2011.

Folgen der Initiative

Die Konsequenzen der Initiative sind weitreichend und erzwingen einen abrupten Strukturwandel. Zur Debatte stehen namentlich: Konsum- oder Produktionsbeschränkungen (planwirtschaftliche Steuerung der Ressourcen) zahlreicher Güter, Umweltabgaben und neue Vorschriften. Im Vordergrund stehen dabei die Lebensbereiche «Ernährung», «Wohnen» und «Mobilität».

Der Bundesrat hat eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit den notwendigen Massnahmen (Stossrichtungen) auseinandergesetzt hat, die nach Annahme der Volksinitiative angegangen werden müssen. Diese vom BAFU beauftragte Studie RessourcenEFFizienz¹⁸ Schweiz wurde vom renommierten Ingenieur- und Planungsbüro Ernst Basler & Partner AG durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studie sind in drei Faktenblättern zu den Lebensbereichen «Ernährung», «Mobilität» und «Wohnen» aufgearbeitet (siehe www.gruener-zwang.ch).

Bundesrat warnt vor steigenden Preisen und einem abrupten Strukturwandel

Der Bundesrat warnt in der Botschaft ausdrücklich davor, dass sich die «Konsummöglichkeiten der Haushalte und die Handlungsspielräume der Unternehmen verringern».¹⁹ Ebenso würden «die Preise für jene Güter und Dienstleistungen, die negative Externalitäten verursachen, stark steigen». Der Bundesrat untermauert damit, dass für die Zielerreichung sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Massnahmen²⁰ notwendig sind, die unseren Lebensstandard bedrohen und ganze Unternehmen und Branchen gefährden.

Im Bereich **Ernährung** erachtet der Bundesrat in seiner Botschaft²¹ folgende Massnahmen als notwendig: *«Im Bereich Ernährung und Landwirtschaft müssten die bisherigen Anstrengungen zur Ökologisierung deutlich verstärkt werden, z.B. hinsichtlich der Sortimentsgestaltung im Detailhandel und in der Gastronomie, hinsichtlich des Imports von Lebens- und Futtermitteln, des Einsatzes von Düngern und Pflanzenschutzmitteln, der Reduktion von Treibhausgasen, Schadstoffeinträgen in Böden und Gewässern und hinsichtlich der Verbesserungen bei den Biodiversitätsförderflächen in der Landwirtschaft.»*

Im Bereich **Mobilität** sieht der Bundesrat in seiner Botschaft²² noch drastischere Massnahmen vor: *«Bei der Mobilität wäre ein Ausstieg aus den fossilen Treibstoffen notwendig, was eine Verstärkung der Klimapolitik und der Energiestrategie und damit eine rasche Einführung der ökologischen Steuerreform bedingen würde.»*

Für den Bereich **Wohnen** geht der Bundesrat in seiner Botschaft²³ von folgenden Massnahmen aus: *«In der Immobilien- und Bauwirtschaft müssten insbesondere Massnahmen zur weiteren Senkung des Bodenverbrauchs getroffen werden, um landwirtschaftlich wie ökologisch wertvolle Böden zu erhalten (Verstärkung von Raumplanungs-, Boden- und Biodiversitätspolitik). Betroffen wären Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer (inkl. Pensionskassen und öffentliche Hand). In der Bauwirtschaft wären eine forcierte energetische Sanierung und eine Reduktion der grauen Umweltbelastung von Gebäuden durch eine ressourcenschonende Bauweise notwendig. Bereits das Design müsste auf geringen Materialbedarf, schonende Baustoffe (wie Holz und Recyclingmaterial, ressourceneffiziente Zementsorten) sowie Rezyklierbarkeit ausgerichtet werden; zudem müsste das Aushubmaterial konsequenter wiederverwendet werden.»*

¹⁸ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung.

¹⁹ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1840.

²⁰ Die Botschaft deutet diese Konsequenzen an. Deutlicher ist die Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#), Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 44 ff.

²¹ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1837.

²² Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1837.

²³ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1837.

Auswirkungen auf den Bereich Ernährung

Ernährung verursacht rund einen Drittel der Umweltbelastung

Unsere Ernährungsweise – also was täglich auf unserem Teller oder in unserem Glas landet – beeinflusst den Ressourcenverbrauch der Schweiz massgeblich. Der BAFU-Studienbericht²⁴ schätzt den Anteil an der schweizerischen Gesamtumweltbelastung auf 28 Prozent. Innerhalb des Bereichs «Ernährung» fallen insbesondere Produkte tierischen Ursprungs wie Fleisch, Fisch, Milch und Eier stark ins Gewicht (rund 44 Prozent). Denn diese benötigen bei der Herstellung sehr viel Energie und Ressourcen. Daneben sind in Bezug auf die Umwelt auch diverse Getränke – insbesondere Wein, Kaffee und Bier – von grosser Bedeutung.

Mit Annahme der Initiative sind extreme Umstellungen seitens der Privatpersonen, Bauernbetriebe und Unternehmen unausweichlich. Die **Nahrungsmittelpreise müssen weiter verteuert werden**,²⁵ um der Lebensmittelverschwendung («Food Waste») entgegenzuwirken. Ausserdem muss der **Konsum tierischer Erzeugnisse stark reduziert** werden. Deshalb zielen neue Lenkungsabgaben auf die Verteuerung proteinhaltiger Lebensmittel. **Dasselbe droht importierten Waren** aus Asien, Afrika und Amerika. Schliesslich muss auch die **Schweizer Landwirtschaft strikt auf die Produktion der «richtigen» Lebensmittel umgebaut werden**. Betroffen ist ebenfalls die gesamte Nahrungsmittelindustrie vom lokalen Metzger bis hin zu Weinkellereien.

Mit welchen konkreten Massnahmen die Volksinitiative umgesetzt wird, lässt der Initiativtext offen. In der Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF»²⁶ werden notwendige regulatorische Ansatzpunkte aufgelistet, anhand denen das radikale Initiativziel erreicht werden soll (vgl. Grafik).

Auszug einzelner Massnahmen im Handlungsfeld «Ernährung»	
Massnahmen	<ul style="list-style-type: none">- Verteuerung der Lebensmittel, um Lebensmittelabfälle (Food Waste) zu vermeiden- Senkung des persönlichen Konsums von Lebensmitteln mit hoher Umweltbelastung- ressourcenschonende Anbau- und Produktionsmethoden in der Landwirtschaft (Ökologisierung)
Neue Instrumente	<ul style="list-style-type: none">- Gesamtstrategie zur Reduktion von Food Waste (Produktion, Verkauf, Nutzung)- dauerhaftes Bildungsprogramm zum Thema Food Waste- Lenkungsabgaben auf Lebensmittel mit hoher Umweltbelastung
Ausbau bestehender Instrumente	<ul style="list-style-type: none">- Fördern von biologisch, regional und saisonal angebauten Nahrungsmitteln- Produkteinformation zur Umweltbelastung (z.B. Etikettierungsvorschriften)
Quelle: Studie RessourcenEFFizienz Schweiz REFF: Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 44	

²⁴ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung.

²⁵ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 44.

²⁶ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung.

Persönlicher Verzicht und neue Zwangsmassnahmen sind unausweichlich

Die radikale Initiative ist nur dann umsetzbar, wenn jede und jeder hohe Einbussen im individuellen Ess- und Trinkverhalten in Kauf nimmt. Es braucht eine Umstellung auf eine umweltschonende Ernährung. In besonderem Masse betroffen sind vor allem diejenigen, die gerne Fleisch, Fisch, Käse, Joghurts oder andere Milchprodukte essen. Auch Liebhaberinnen und Liebhaber von Importwaren wie beispielsweise Zitrusfrüchten oder Kaffee sind überdurchschnittlich tangiert. Gesamthaft betrachtet steigen die Preise für die Nahrungsmittel und einige Produkte werden künftig zum Luxus. Das stellt insbesondere den Mittelstand und Familien vor weitere finanzielle Schwierigkeiten. Die Initiative führt zu einer neuen Zweiklassengesellschaft und bevormundet uns alle.

Nahrungsmittelindustrie

Die Umsetzung der Vorlage bringt für die gesamte Nahrungsmittelindustrie einschneidende Veränderungen mit sich. Neue Vorschriften schränken die Verwendung und den Import von bestimmten Rohstoffen stark ein. Daneben werden die Deklarierungsvorschriften (z.B. Herkunftsangaben) und die Vorschriften für Verpackungen oder Recycling erweitert. Fakt ist: Der Nahrungsmittelausschuss bei der Produktion muss verringert und die Produktions- und Nahrungsmittelverarbeitungsmethoden müssen ressourceneffizienter gestaltet werden.²⁷ Die Produktion – und somit auch die Lebensmittelpreise – verteuern sich massiv. Das führt dazu, dass Schweizer Unternehmen auf dem internationalen Markt künftig nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Detailhandel/Gastronomie

Neben höheren Preisen für Lebensmittel wird der Schweizer Detailhandel – aber auch die Gastronomie- und Hotelbetriebe – unter zahlreichen neuen Vorschriften leiden. Gemäss Bundesrat²⁸ wird es Vorgaben zur Sortimentsgestaltung und Sammelpflichten geben. Zudem sind erweiterte Produkteinformationen (Deklarationen auf Etiketten und Speisekarten) auf Lebensmittel mit hoher Umweltbelastung absehbar. Diese Massnahmen führen zu erhöhter Bürokratie, zu neuen Handelshemmnissen und einer schwindenden Wettbewerbsfähigkeit.

Einkaufstourismus

Bei einer Verteuierung von Produkten ist mit einer weiteren Steigerung des Einkaufstourismus ins benachbarte Ausland zu rechnen. Das hat weitreichende Auswirkungen auf Schweizer Unternehmerinnen und Unternehmer. Allen voran werden traditionelle Metzgerei- oder Käsereibetriebe sowie kleinere Dorfläden mit Lebensmitteln in ihrer Existenz bedroht. Aber auch die Grossverteiler erleiden empfindliche Einbussen, und mit ihnen auch ihre zahlreichen Geschäftspartner und Zulieferer. Damit verbunden stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Land- und Forstwirtschaft

Die Initiative führt zu einer strikten Ausrichtung auf die «richtigen» Produkte in der Landwirtschaft. Neue Vorschriften²⁹ zwingen unter anderem dazu, den Einsatz von Pestiziden, Pflanzenschutz- oder von Düngemitteln massiv einzudämmen. Des Weiteren sind Importauflagen für Futtermittel und Produkte mit hoher Umweltbelastung im Herkunftsland (z.B. Torf) absehbar. Das führt dazu, dass die Bevölkerung in der Schweiz sowie europaweit weniger gut ernährt werden kann. Nicht zuletzt wirken auch sämtliche motorisierten landwirtschaftlichen Maschinen umweltverschmutzend. Wird die Initiative angenommen, setzen Reduktionsmassnahmen notwendigerweise ebenfalls in diesem Bereich an. Konkret heisst das: Es kommt zu einem verzerrten Strukturwandel der schweizerischen Landwirtschaft mit steigenden Kosten für Bauernbetriebe. Das Direktzahlungssystem wird entsprechend angepasst³⁰ und strikt auf die Produktion der «richtigen» Lebensmittel ausgerichtet.

²⁷ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 44.

²⁸ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1838.

²⁹ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 51.

³⁰ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 68.

Fazit

Eine Senkung des Schweizer Ressourcenverbrauchs um mehr als 65 Prozent ist in jedem Fall zu radikal. Die Folgen wären verheerend: Bevormundung beim Essen und Trinken, massive Verteuerung der Lebensmittelpreise und eine teure Ausrichtung auf die «richtige» Produktion in der Landwirtschaft. Ein abrupter und verzerrter Strukturwandel gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens, die gesellschaftlichen Folgen (Zweiklassengesellschaft!) weitreichend. Die Initiative ist ein frontaler Angriff auf unser Portemonnaie und auf unsere persönliche Wahlfreiheit.

Auswirkungen auf den Bereich Mobilität

Mobilität und Freizeit verursachen einen Drittel der Umweltbelastung

Die «private Mobilität» ist für rund zwölf Prozent der Schweizer Umweltbelastung verantwortlich. Auch das zeigt der vorliegende BAFU-Studienbericht.³¹ Andere Studien, die in ihren Analysen das gesamte Freizeitverhalten miteinbeziehen, gehen gar von einem Anteil von bis zu 33 Prozent aus. Innerhalb des Bereichs «Mobilität» fällt der mit Abstand grösste Teil der Umweltverschmutzung beim motorisierten Individualverkehr mit dem Auto an. An zweiter Stelle folgen Reisen mit dem Flugzeug.

Die Umsetzung der extremen Volksinitiative hat harte Einschränkungen für Privatpersonen und Unternehmen zur Folge. Erhebliche Lenkungsabgaben werden zum «**Ausstieg aus fossilen Treibstoffen**»³² zwingen und starke Anreize setzen, damit sich das allgemeine Mobilitätsverhalten massgeblich verändert. **Die Preise für das Reisen und den Transport von Waren werden steigen.** Dadurch wird sich das Freizeitverhalten verändern – mit massiv negativen Auswirkungen auf die Tourismus- und Beherbergungsbranche.

Persönlicher Verzicht und neue Zwangsmassnahmen unausweichlich

Jede und jeder muss das Freizeitverhalten anpassen und künftig für das Reisen erheblich höhere Preise bezahlen. Denn ohne starken persönlichen Verzicht auf Lebensqualität und Komfort ist die Initiative nicht umzusetzen. Besonders betroffen sind alle, die auf ein Auto angewiesen sind, einen langen Arbeitsweg haben oder in der Freizeit viel unterwegs sind. Die höheren Preise für Mobilität, Produkte und Dienstleistungen treffen dabei den Mittelstand und die Familien überdurchschnittlich. Flugreisen beispielsweise werden durch die Strafabgaben künftig wieder zu einem Luxus. Insgesamt führt die Initiative zu einer neuen Zweiklassengesellschaft, denn viele können sich den heutigen Lebensstandard nicht mehr leisten.

Auszug einzelner Massnahmen im Handlungsfeld «Mobilität»	
Massnahmen	<ul style="list-style-type: none">- leichtere und weniger motorisierte Fahrzeuge- Reduktion der Fahrleistung- Substitution fossiler Treibstoffe- etc.
Neue Instrumente	<ul style="list-style-type: none">- Verteuerung der motorisierten Mobilität- Treibstoffabgabe- Eindämmen der Mobilität durch neue Strukturen (z.B. neue Arbeitsformen, Freizeitgestaltung)- Bonus/Malus-System bei mobilitätsbezogenen Abgaben (z.B. kantonale Fahrzeugsteuern)- etc.
Ausbau bestehender Instrumente	<ul style="list-style-type: none">- Ausbau Kompensationspflicht für Treibstoffimporteure- Emissionsvorschriften für Luftschadstoffe- Anpassung CO₂-Grenzwerte an Stand der Technik (Ausweitung von PW auf andere Fahrzeugkategorien)- etc.
Quelle: Studie RessourcenEFFizienz Schweiz REFF: Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 48	

³¹ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung

³² Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1837.

Abb. 1: https://assets.wvf.ch/downloads/fussabdruck_dossier_ab.pdf

Tanktourismus

Massiv höhere Benzinpreise führen zudem zu starkem Tanktourismus ins nahe Ausland. Das führt zu zusätzlichen Staus an der Grenze und fördert auch den Einkaufstourismus weiter. Leidtragende sind die Verkehrsteilnehmenden und das lokale Gewerbe. Viele Tankstellen in Grenznähe sind gezwungen zu schliessen. Die Initianten ignorieren auch, dass die Stimmberechtigten im vergangenen Jahr die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» mit 92 Prozent Nein-Stimmen bachab geschickt haben. Der neuerliche Anlauf, die Benzin-, Diesel- und Treibstoffpreise massiv zu erhöhen, ist völlig verfehlt und zeigt wenig Respekt vor dem Souverän.

Transportbranche

Für Transportunternehmen sind die Konsequenzen weitreichend. Denn ein abrupter Strukturwandel ist unausweichlich. Die Transportwege (Logistik) werden durch die Initiative genauso infrage gestellt wie Fahrzeugtypen und Antrieb. Der Wirtschaftszweig wäre in vielen Bereichen nicht mehr konkurrenzfähig. Auch die Automobilindustrie sieht sich vor grossen Herausforderungen. Die Branche muss mit einschneidenden Produktionsvorschriften, massiv höheren Treibstoffabgaben sowie Importbeschränkungen rechnen.

Tourismus

Die Verteuerung des Reisens trifft alle Anbieter von Freizeitaktivitäten (Skiressorts, Opernhäuser, Musikfestivals, Freizeit- und Fitnessparks). Besonders betroffen sind die Schweizer Hotellerie und die Gastronomie. Denn bei Annahme der Initiative wird die Destination Schweiz teurer, gleichzeitig wird das Angebot aber aufgrund von Ressourcensparmassnahmen eingeschränkt. Das führt dazu, dass Ferien im nahegelegenen Ausland weiter an Attraktivität gewinnen. Der bereits durch den starken Franken arg gebeutelte Tourismus in der Schweiz erleidet zusätzliche massive Einbussen.

Fazit

Eine Senkung des Schweizer Ressourcenverbrauchs um mehr als 65 Prozent ist in jedem Fall zu radikal. Die Folgen wären verheerend: massive Einschränkungen der Mobilität und der persönlichen Freizeitgestaltung durch neue Vorschriften und erhebliche Lenkungsabgaben. Ein abrupter Strukturwandel gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens, die gesellschaftlichen Folgen (Zweiklassengesellschaft!) weitreichend. Die Initiative ist ein frontaler Angriff auf unser Portemonnaie und auf unsere persönliche Freiheit.

Auswirkungen auf den Bereich Wohnen

Wohnen und Bauen verursachen rund einen Drittel der Umweltbelastung

Die Bauweise von Immobilien und verwendete Baustoffe haben grossen Einfluss auf den ökologischen Fussabdruck der Schweiz. Noch stärker ins Gewicht fällt aber das «Wohnen»: Heizen, Kochen, Waschen, Fernsehen, Musik hören, die Beleuchtung und vieles mehr verschlingen sehr viel Energie. Das BAFU³³ schätzt den Anteil auf 19 Prozent der schweizerischen Gesamtumweltbelastung. Andere Studien, die in ihren Analysen «Wohnen» und «Bauen» unter einem Aspekt zusammenfassen, gehen gar von 27 Prozent aus. Die Emissionen innerhalb dieses Bereichs fallen vor allem bei der Strom- und Wärmenutzung (Heizöl) von Haushalten an. An zweiter Stelle folgen die Abfall- und Abwasserentsorgung sowie der Erdgasverbrauch.

³³ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung.

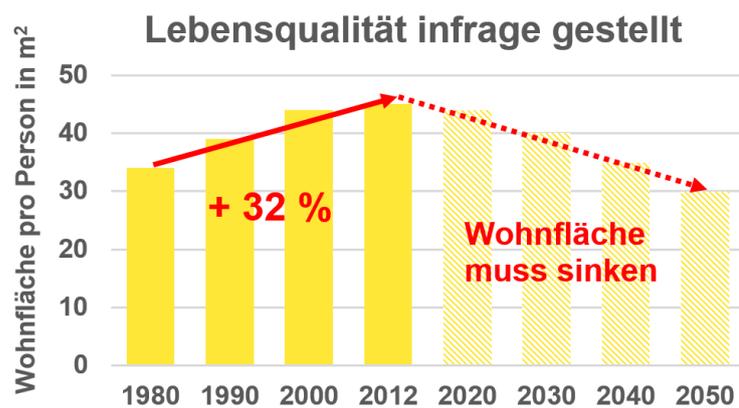
Weitreichende Folgen für Menschen, Immobilien- und Bauwirtschaft

Wird die extreme Initiative angenommen, so hat das einschneidende Konsequenzen für Privatpersonen und Unternehmen. Neue Vorschriften für Neu- und Umbauten sowie erforderliche Gebäudesanierungen **lassen die Preise für die Mieten und Hypotheken in die Höhe schnellen.**³⁴ Schliesslich sind auch Anreize zur Verhaltensänderung unumgänglich: Neue lenkungsorientierte Umweltabgaben **verteuern beispielsweise das Heizen und die Nutzung von warmem Wasser.** Die Zimmertemperaturen müssen massiv gesenkt werden. Gewisse **Haushaltsgeräte müssen zudem ersetzt** und der **«Wohnflächenbedarf pro Person» gesenkt** werden. Neue Steuern und Abgaben, Zwangsmassnahmen und Bevormundung sind die Folgen der grünen Zwangs-Initiative.

Auszug einzelner Massnahmen im Handlungsfeld «Wohnen»	
Massnahmen	<ul style="list-style-type: none">- Senkung des Energieverbrauchs durch Verhaltensänderung (Wärme, Strom)- Wohnflächenreduktion und Anpassung an jeweilige Lebensphase- Flächenverbrauchsreduktion / Reduktion Bauten auf «Grüner Wiese»- Reduktion und Ersatz fossiler Heizenergieträger- etc.
Neue Instrumente	<ul style="list-style-type: none">- Fördern von energieeffizienteren Heizsystemen- etc.
Ausbau bestehender Instrumente	<ul style="list-style-type: none">- Vorschriften Gebäudestandards, Verschärfung Vorschriften für Neu- und Umbauten- Förderung von erneuerbaren Energien- Gebäudeprogramm
Quelle: Studie RessourcenEFFizienz Schweiz REFF: Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 46	

Massive Reduktion der Wohnfläche

Für das Wohnen beanspruchen wir immer mehr Platz. Der Wohnkomfort ist in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Seit 1980 hat die durchschnittliche Wohnfläche pro Person um rund einen Drittel oder elf Quadratmeter zugenommen. Gleichzeitig stieg auch der Energiebedarf. Dieses Plus an Lebensqualität ist gar nicht im Sinne der Initiative. Sie will uns wieder in die Wohnverhältnisse des letzten Jahrhunderts schicken mit weniger Wohnfläche pro Person und weniger Komfort. Neue Nutzungsvorschriften und/oder eine massive Verteuerung des Wohnens sind die Folge. Grosszügige Wohnungen werden insbesondere für den Mittelstand und Familien unerschwinglich. Auch bei Neubauten sind erhebliche Einschränkungen unvermeidbar. Die grüne Zwangs-Initiative führt damit unweigerlich zu einer neuen Zweiklassengesellschaft und zu einem spürbaren Verlust an Lebensqualität.



Quelle: Bundesamt für Statistik BFS; ab 2020 eigene Schätzung in Anlehnung an die BAFU-Studie "RessourcenEFFizienz"

³⁴ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](https://assets.wvf.ch/downloads/fussabdruck_dossier_ab.pdf); Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seiten 65/67, Abb. 1: https://assets.wvf.ch/downloads/fussabdruck_dossier_ab.pdf

Baubranche

Bestehende Standards und Vorschriften werden ausgebaut und laufend verschärft, um eine kontinuierliche Steigerung der Ressourceneffizienz beim Bau, Unterhalt und Betrieb der Gebäude zu erzielen. Auch die Verwendung von Baustoffen wird eingeschränkt. Die Folgen sind ein hoher administrativer Aufwand und notwendige Kontrollmassnahmen. Zudem ist das Verboten oder Einschränken von speziellen ressourcenaufwendigen Baumaterialien ein schwerfälliges Vorgehen, das technologischen Fortschritt hemmt. Mit Annahme der Initiative verteuern sich folglich Neu- und Umbauten und gestalterische Freiräume werden stark eingeschränkt. Schliesslich entstehen für die Unternehmen auch weitere Kosten durch den administrativen Mehraufwand, da alles ausgewiesen werden muss.

Fazit

Eine Senkung des Schweizer Ressourcenverbrauchs um mehr als 65 Prozent ist in jedem Fall zu radikal. Die Folgen wären verheerend: zahlreiche neue Vorschriften für Neu- und Umbauten, höhere Preise für Mieten und Hypotheken, kältere Zimmer und weniger Wohnfläche pro Person. Ein abrupter Strukturwandel gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens, die gesellschaftlichen Folgen (Zweiklassengesellschaft!) weitreichend. Die Initiative ist ein frontaler Angriff auf unser Portemonnaie, auf unsere Freiheit und auf unsere persönliche Lebensqualität.

Zehn Argumente gegen die extreme Initiative

NEIN zur grünen Zwangs-Initiative

Die Initiative zwingt die Bürgerinnen und Bürger zur Änderung ihres gewohnten Lebensstils. Jede Schweizerin und jeder Schweizer muss das Essverhalten ändern, die eigene Mobilität einschränken und mit weniger Komfort wohnen. Konsumentinnen und Konsumenten werden bevormundet und ihre Wahlfreiheit wird eingeschränkt.

NEIN zu höheren Preisen – NEIN zur Zweiklassengesellschaft

Neue lenkungsorientierte Umweltafgaben verteuern das Reisen, die Nahrungsmittel und die Mieten. Die Hochpreisinsel Schweiz wird zementiert, die Kaufkraft sinkt. Die Benzin- und Dieselpreise vervielfachen sich. Importierte Waren wie zum Beispiel Kaffee und Zitrusfrüchte, aber auch Ferien am Meer oder grosszügige Wohnungen werden für den Mittelstand unerschwinglich. Die Initiative führt zu einer neuen Zweiklassengesellschaft.

NEIN zur extremen Initiative

Eine Senkung des Ressourcenverbrauchs um mindestens 65 Prozent ist radikal und gemäss Bundesrat selbst mit innovativsten Technologien nicht zu erreichen. Die Folgen eines extremen Strukturwandels sind für die Gesellschaft und die Unternehmen unberechenbar, die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens. Die Initiative ist ein Experiment mit viel zu hohen Risiken.

NEIN zur Schwächung des Schweizer Werkplatzes

Neue Vorschriften und Verbote behindern Wettbewerb und Innovation, die Treiber unseres Wohlstands und des technologischen Fortschritts sind. Die ausgelöste Regulierungsflut führt zu einem grünen Käfig und gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze in der Schweiz.

NEIN zum internationalen Alleingang

Kein anderes Land kennt einen derart extremen Ansatz. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet die Schweiz ab, schafft neue Handelshemmnisse und gefährdet Freihandelsabkommen.

NEIN zu mehr Staat – NEIN zur Entmachtung der Kantone

Durch die Initiative bekommt der Bund neue und umfassende Regelungskompetenzen im Bereich der Steuern sowie der Ressourcennutzung.³⁵ Die Kantone werden entmachtet und verlieren ihre Souveränität in unzähligen Fällen. Der Föderalismus wird so geschwächt. Zudem müssen viele Vorschriften geschaffen und von einem zusätzlichen Beamtenapparat kontrolliert werden.

NEIN zu tieferen Renten

Gemäss dem Bundesamt für Umwelt sinken die Renten der Berufsvorsorge (BVG) um bis zu 21 Prozent,³⁶ wenn die Pensionskassen die Kosten für CO₂-Emissionen ihrer investierten Vermögen übernehmen müssen.

NEIN zu höheren Steuern

Die Initiative führt zu einem überhasteten, abrupten Strukturwandel, der immense volkswirtschaftliche Kosten verursacht, den Werkplatz Schweiz schwächt und den Wohlstand schmälert. Die Steuerausfälle muss der Mittelstand über neue Steuern finanzieren.

³⁵ Botschaft des Bundesrats, S. 1834 f.

³⁶ Studie des BAFU vom September 2015:

http://www.bafu.admin.ch/klima/index.html?lang=de&download=NHzLpZeg7t.Inp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2YUq2Z6gpJCHeYF4f2ym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A--

NEIN zur grünen Illusion – JA zu Ressourceneffizienz

Schweizer Unternehmen sind weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Die Schweiz belegt in internationalen Nachhaltigkeitsrankings regelmässig Spitzenplätze und erreicht als Recycling-Musterschülerin mit privatwirtschaftlichen Systemen Quoten, von denen die EU oder die USA nur träumen können. Eine grüne Wirtschaft im Sinne der Initiative bleibt aber ein unrealistischer Traum, denn:

- Über 60 Prozent³⁷ der Umweltbelastung des Schweizer Konsums fallen im Ausland an. Dadurch sind die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz von vornherein begrenzt.
- Das Kosten-Nutzen-Verhältnis pro nachhaltiger Investitionsmassnahme sinkt immer stärker. Zudem stossen die Ingenieure immer öfter an technische Grenzen (z.B. Wirkungsgrade).
- Eine vollständige Kreislaufwirtschaft ist ökonomisch und ökologisch betrachtet illusorisch. Recycling ist in einigen Fällen weder aus umweltpolitischen noch aus finanziellen Überlegungen sinnvoll.
- Die von Unternehmen laufend neu erzielten Effizienzfortschritte werden durch zusätzlichen Konsum oft wieder zunichte gemacht (Rebound-Effekt³⁸).

Zielführender für eine ressourcenschonende Gesellschaft ist es, den Weg der Eigenverantwortung und internationalen Zusammenarbeit weiterzuerfolgen, statt auf hohe Gebühren und Abgaben, Bevormundung und Planwirtschaft in der Schweiz zu setzen. **Darum muss die Zwangs-Initiative der Grünen Partei am 25. September 2016 abgelehnt werden.**

Überparteiliches Komitee NEIN zur extremen Initiative «Grüne Wirtschaft»
c/o FDP.Die Liberalen Schweiz
Postfach
CH-3001 Bern

Mail: team@gruener-zwang.ch

Website: www.gruener-zwang.ch

Facebook: <https://www.facebook.com/gruenerZwangNEIN>

Twitter: @gruenerzwang

30. Juni 2016



Wir brauchen Sie!
Auch ein kleines Zeichen kann Grosses bewirken.
Machen Sie mit! Tragen Sie sich jetzt ein:

www.gruener-zwang.ch

Volksabstimmung «Grüne Wirtschaft» vom 25. September 2016

³⁷ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 13.

³⁸ <http://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/oekonomische-rechtliche-aspekte-der/rebound-effekte>